

4. April 2011

Änderungsantrag zum Schulgesetz – GRÜNE wollen Zwei-Säulen-Schulmodell ermöglichen

Mit einem Änderungsantrag zum Schulgesetz wollen DIE GRÜNEN in Hessen den Weg zu einem Zwei-Säulen-Schulmodell ermöglichen (Drucksache 18/3711, siehe Anlage). Neben dem Gymnasium mit G8 soll es eine weitere Schulform mit längerem gemeinsamen Lernen geben, die alle Abschlüsse anbietet – auch das Abitur nach 13 Schuljahren (G9). Diese Neue Schule stellen DIE GRÜNEN der von der Landesregierung geplanten Einführung der so genannten Mittelstufenschule gegenüber.

„Der Vorschlag der Landesregierung ist nicht mehr als ein neues Türschild für die von den Eltern nicht mehr akzeptierte Hauptschule. Durch dieses ideologische Festhalten an einem strikt gegliederten Schulsystem sind CDU und FDP dabei, Hessen bundesweit in eine Sackgasse zu führen. Andere Bundesländer wie Berlin, Bremen, Thüringen, Saarland, Hamburg und Nordrhein-Westfalen haben längst die Weichen in Richtung eines Zwei-Säulen-Schulmodells gestellt. In der Hälfte der Bundesländer wurden diese Entscheidungen unter CDU-Ministerpräsidenten getroffen. Wir sind sehr gespannt auf die Argumentation von schwarz-gelb, warum in Hessen nicht gehen soll, was CDU-Regierungschefs außerhalb Hessens machen“, erläutert der bildungspolitische Sprecher der GRÜNEN, Mathias Wagner.

An der Neuen Schule solle bis zum Ende der Mittelstufe gemeinsam unterrichtet und individuell gefördert werden. Eine Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in Kurse, wie es derzeit an Integrierten Gesamtschulen vorgeschrieben ist, soll es an den Neuen Schulen in der Regel nicht mehr geben. Hierdurch würden neue pädagogische Möglichkeiten für längeres gemeinsames Lernen eröffnet. Kernpunkte der Neuen Schule seien darüber hinaus: Klassenhöchstgrenzen von 25 Schülerinnen und Schülern, bedarfsgerechtes Ganztagsangebot, individuelle Förderung statt Querversetzung und Sitzenbleiben sowie Vernetzung von Schule und Jugend- und Sozialarbeit.

„Viele Eltern können und wollen nicht nach der vierten Klasse entscheiden, auf welche Schulform ihr Kind künftig gehen soll. Sie wollen auch nicht eine immer kompliziertere Schullandschaft. Sie wollen schlicht die Sicherheit, dass sie mit der Wahl der weiterführenden Schule nichts falsch machen können. Mit unserem Konzept tragen wir diesem Wunsch vieler Eltern nach einem möglichst langen Offenhalten aller Bildungsabschlüsse und individueller Förderung Rechnung.“

Zwei-Säulen-Modell statt Fortsetzung des ideologischen Schulkampfs

„Wir sind der Überzeugung, dass durch unsere Neue Schule alle Schülerinnen und Schüler optimal gefördert werden können. Angesichts des demografischen Wandels bieten die Neuen Schulen zudem besser als das gegliederte Schulwesen die Möglichkeit, wohnortnah alle Bildungsabschlüsse aufrecht erhalten zu können. Dennoch werden wir niemandem diesen Weg von oben vorschreiben. Wir setzen darauf, dass die Neue Schule von unten durch entsprechende Beschlüsse der Schulgemeinden und Schulträger wächst. Wir setzen mit unserem Antrag auf Ermöglichen

statt Verordnen.“ Nach einigen Jahren werde so mit hoher Wahrscheinlichkeit ein zweisäuliges Schulmodell aus Gymnasien auf der einen und Neuen Schulen auf der anderen Seite entstehen. „Durch unseren Vorschlag hätten Eltern endlich die freie Entscheidung, ob sie das pädagogische Konzept des gegliederten Schulwesens oder längeres gemeinsames Lernen für ihr Kind wollen. Der seit Jahrzehnten in Hessen besonders intensiv geführte Schulkampf hätte endlich ein Ende. Das Schulsystem würde einfacher und überschaubarer.“

Zwei-Säulen-Modell wird von Bildungsexperten empfohlen

DIE GRÜNEN sehen sich in ihrem Vorschlag durch jüngste Stellungnahmen von Bildungsexperten bestärkt. Sowohl der Aktionsrat Bildung als auch die Bundesdirektorenkonferenz (BDK) Gymnasien haben sich im März dieses Jahres für das Zwei-Säulen-Modell ausgesprochen (siehe Anlage). Die BDK habe „Schluss mit dem Schulchaos“ gefordert, der Aktionsrat für eine Vereinheitlichung des Schulwesens durch eine Zweigliedrigkeit plädiert.

Zwei-Säulen-Modell von CDU, FDP, GRÜNEN und Linken beschlossen

Dass das Zwei-Säulen-Modell das Potenzial habe, alte ideologische Gräben zu überbrücken, zeige ein Blick ins Saarland. Dort werde gerade mit Unterstützung von CDU, FDP, GRÜNEN und Linken genau der Weg beschritten, den DIE GRÜNEN auch für Hessen vorschlagen (Drucksache 18/3764, siehe Anlage). „Eigentlich müssten daher auch in Hessen CDU und FDP unserem Konzept zustimmen können. Andernfalls würden sie erneut unter Beweis stellen, dass sie bildungspolitisch zu den rückständigsten Landesverbänden ihrer jeweiligen Parteien gehören.“